



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Sonderdienst

1. September 1959

Deutschland und die Sowjetunion

Von Prof. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, Botschafter a. D.

Die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion können kaum schlechter sein, als sie heute sind. Unsere Aussenpolitik hat keine dringendere Aufgabe, als daran zu arbeiten, sie grundlegend zu bessern. Sonst gefährden wir - keine Selbsttäuschung ist erlaubt - unsere Beziehungen zum Westen, der offenbar mit Energie, voran die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, sein Verhältnis zur Sowjetunion auf bessere Grundlagen stellen und uns hierbei nicht als Hemmnis empfinden will. Sonst erschweren wir die Beziehungen auch zu anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, da sie von der Sowjetunion weitgehend abhängig sind. Sonst verhindern wir die Wiedervereinigung, die ohne Zustimmung der Sowjetunion unmöglich ist.

Zweifel besteht, ob unsere Aussenpolitik sich bislang in gebotener Weise um die Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion bemüht hat, auch wenn die Hindernisse berücksichtigt werden, die ihr die Sowjetunion ihrerseits hierbei bereitet. Diese Hindernisse sind gross. Keine deutschen Bemühungen können zu einem guten Ende führen, wenn die Sowjetunion eine dauernde Teilung Deutschlands, wenn sie eine Abschneidung Westberlins; wenn sie einen Sonderfrieden mit der DDR anstrebt, wenn sie auf der willkürlichen Oder-Neisse-Linie starr verharret. Aber noch wissen wir in mehrfacher Hinsicht nicht mit Sicherheit, was auf sowjetischer Seite Vorläufiges oder Endgültiges ist. Nicht alle sowjetischen Äusserungen sind eindeutig. Oft wollen sie es anscheinend nicht sein. Jedoch, selbst wenn wir wüssten, dass die Sowjetunion nicht die geringste Konzession machen wollte, müssten wir - ohne Unabdingbares aufzugeben - mit ihr zu verhandeln suchen. Denn eine Gross- und Grösstmacht konnte in der Menschheitsgeschichte noch niemals zu etwas gezwungen werden, es sei denn um den Preis eines Krieges. Krieg aber hat aufgehört ein Mittel der Politik zu sein.

Hochgespanntes Ziel Eisenhowers

Man braucht die Bedeutung der bevorstehenden Zusammenkünfte Eisenhowers und Chruschtschows und der Ministerpräsidenten einer folgenden Gipfelkonferenz nicht zu überschätzen. Man braucht nicht eine politische Weltenwende zu erwarten, obschon Eisenhowers erklärtes Ziel, aus der "erstarrten Aussichtslosigkeit" des Kalten Krieges hinauszugelangen, wahrlich hochgespannt ist. Jedenfalls wird man sich gerade auf deutscher Seite ausserordentlich zu hüten haben, die Bedeutung der Zusammenkünfte zu unterschätzen. Denn auf ihnen wird sicherlich das deutsche Problem erörtert werden. Man hatte bei uns vorerst geglaubt, dass sich die beiden Staatsmänner künftig vornehmlich oder ausschliesslich

mit Abrüstung, mit Atomgefahr, mit Problemen Asiens, mit Wirtschaftsbeziehungen befassen würden und das deutsche Problem weit in den Hintergrund zu treten bestimmt sei. Dies mag sich auch noch ergeben. Aber es ist unwahrscheinlich geworden, nachdem Chruschtschow als seine Auffassung deutlich gemacht hat, dass der "Friedensvertrag mit Deutschland noch immer ... das Problem Nr. 1" sei, sowie dass er auf jeden Fall hierüber mit Präsident Eisenhower reden würde.

Unendlich schwer wird die Aufgabe unserer Regierung sein. Selten ist einer Regierung eine schwerere Aufgabe zugefallen. Aber die Schwere der Aufgabe ändert nichts an der Tatsache, dass es, wenn sich von nun ab die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht schnell bessern, um vieles und viele, namentlich jedoch um uns selbst schlechter bestellt sein wird.

Es gibt unter uns Leute, die verkünden, dass Deutschland in seiner heutigen Lage nur Objekt, nicht Subjekt der Aussenpolitik sein könne. Eine derartige Auffassung, die sehr demonstrative Vorgänge der Nachkriegsjahre ausser acht lässt, ist gegenüber einem Volk wie dem unsrigen, umfassend viele Millionen und gelegen im Herzen Europas, ebenso destruktiv wie einfältig. An erster Stelle werden, was Deutschland anlangt, unser Volk und seine Regierung vor dem Forum der Geschichte für seine Nachkriegspolitik verantwortlich gemacht werden.

I.

Was an dem gegenwärtigen amerikanischen Vorgehen so völlig richtig erscheint, ist der Entschluss, gegenüber der Sowjetunion vorerst die politische Atmosphäre zu bessern. Keine Abreden wurden getroffen. Urplötzlich erklärt der amerikanische Vizepräsident in Moskau, dass gegenüber der Sowjetunion sogar Koexistenz nicht genug sei. Er verkündet: "Der Begriff der Koexistenz bedeutet, dass die Welt in zwei feindliche Lager ... zu teilen ist. Wir brauchen jedoch nicht zwei Welten, sondern eine Welt." Auch die Amerikaner wissen, dass sie sich in ihren Erwartungen irren mögen. Aber sie unternehmen dennoch ihren Versuch, ebenso mit Würde wie mit Geschick und mit bemerkenswertem Wechsel der Sprachführung. Nixon schildert Chruschtschow als "eine jener Persönlichkeiten, die, ob sie wollen oder nicht, geborene Menschenführer sind."

Es ist wesentlich, dass auch wir zunächst die Änderung des politischen Klimas zwischen Deutschland und der Sowjetunion betreiben. Es ist wesentlich, dass wir demzufolge von Beschimpfungen der Sowjetunion etwa als Weltoberer Abstand nehmen, eine These, gegen die sich übrigens seit Jahr und Tag auch Charles Bohlen, der neue erste Ratgeber des amerikanischen Aussenministers, gewandt hat, indem er den russischen Ausdehnungsdrang als gesättigt bezeichnete. Es wird nicht darauf ankommen, ob nun Chruschtschow selbst sich seinerseits einer gemässigten Sprache uns gegenüber bedient oder sich die Wortführer der DDR in ihren Äusserungen mässigen. Die Notwendigkeit einer geänderten Sprache auf deutscher Seite braucht nicht auf Gegenseitigkeit zu beruhen.

Geographisch auferlegte Zielsetzung

Selbstverständlich wird die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht ruhen dürfen. Aber wir werden es die Sowjetunion empfinden und wissen lassen müssen, dass wir nach echter Freundschaft mit dem gesamten grossen Slawentum uns sehnen und hierfür uns einsetzen wollen. Wir werden hierin auch eine uns geographisch auferlegte Zielsetzung zu erblicken haben, ohne dabei unsere Beziehungen zum Westen strapazieren zu lassen und ohne irrs zu werden, dass wir nicht trotz, sondern wegen der bleibenden geistigen Divergenzen handeln. Solche konstante Haltung wird nicht leicht sein. Kurz nachdem der amerikanische Vizepräsident sich fünfeinhalb Stunden lang mit den höchsten polnischen Staatsmännern unterhalten hatte, glaubte der Verkehrsminister der Bundesrepublik, Deutschland und den unglücklichen deutschen Heimatvertriebenen zu dienen, indem er die polnischen und tschechoslowakischen Ministerpräsidenten nach dem nationalsozialistischen Vokabular als "Generalgouverneure Moskaus" bezeichnete. Er und seine Gesinnungsleute scheinen nicht zu begreifen welcher Affront dies sowohl gegen die amerikanischen Bemühungen in Moskau und Warschau als auch gegen die Sowjetunion und ihre östlichen Verbündeten darstellt, ganz zu schweigen davon, wie sehr es auch die Interessen unserer Heimatvertriebenen zu schädigen geeignet ist.

II.

Aber alsbald ergibt sich die Frage, ob es ein erträgliches Neben- und Miteinander zwischen Regierungen entgegengesetzter Ideologien überhaupt geben kann. Die Antwort ist auf vielen und nicht nur deutschen Seiten ein vehementes Nein. Es gebe nur das Eine oder das Andere, aber auf die Dauer nicht beides. Umso mehr aber sollten wir, so heisst es, freundschaftliche Beziehungen zu den sowjetischen Völkern anstreben, weil auch diese zu den unterdrückten Völkern gehörten, denen wir unverbrüchlich und allüberall helfen müssten.

Es liegt etwas Ethisches und Romantisches in derartiger Argumentation. Sie fühlt sich ständig aufgerufen, die Welt auf ihre Art zu retten. Aber sie übersieht andere und näherliegende Gefahren, noch dazu in einem Augenblick, in dem der Grossteil der übrigen Welt auf sehr andere Art eine Rettung sich vorstellt. Ich fürchte nicht, dass dem Sowjetismus eine Eroberung unserer Welt gelingen wird im Politischen oder im Geistigen. Bisher sind alle derartigen Erdenträume letzten Endes gescheitert.

Für eine ideologiefreie Aussenpolitik!

Aber mag selbst grösste Sorge noch so berechtigt sein - und sie ist berechtigt - so darf doch Aussenpolitik zwar gewiss weitgehend, aber nicht ausschliesslich von Ideologien bestimmt werden. Es ist insoweit unvermeidlich, zwischen Innen- und Aussenpolitik klar zu unterscheiden. Wir sind berechtigt und verpflichtet, dem Kommunismus in unserem eigenen Lande entschieden entgegenzutreten. Wir können aber Krieg und Untergang zeitigen, wenn wir ihm auf seinem eigenen staatlichen Gebiet entgegenzutreten suchen.

Wir Deutschen wissen zwar aus eigener Erfahrung, dass Aussen- und Innenpolitik namentlich in einer totalitären Diktatur völlig zusammenfallen kann. Aber solches Faktum bedeutet nicht, dass wir mit Staaten auch totalitärer Struktur nicht verpflichtet oder gezwungen sein können zusammenzuarbeiten.

Der Fehler der Westmächte, den sie gegenüber dem Nationalsozialismus begingen, war nicht, dass sie mit ihm eine Koexistenz für möglich hielten und erstrebten. Sondern der Fehler war, dass sie - aus vielen Gründen - Hitlers spezifische aussenpolitischen Absichten verkannten und ihm nicht entgegentraten, wenn er Verträge brach. An sich jedoch können Diktaturen, absolute Gewalten, totalitäre Staaten in der Aussenpolitik ebenso vertragstreu und -untreu sein wie Demokratien nach westlichem Muster. Wir Deutsche laufen Gefahr, einer hoffnungslosen aussenpolitischen Verkrampfung oder auch Isolierung entgegenzugehen, wenn wir uns ideologische Alleingänge gestatten wollen, während andere und uns nahestehende Mächte zumindest versuchen, in ihre Politik auch die Möglichkeit einer allmählichen katastrophelosen Abschwächung der ideologischen Extreme einzubeziehen.

III.

Was den bereits gestreiften Gedanken anlangt, als Ersatz für Beziehungen von Regierung zu Regierung solche von Volk zu Volk zu pflegen, so ist nicht zu leugnen, dass in ihm Gutes und Richtiges liegt. Aber unbestreitbar ist es aufs Höchste gefährlich, ihm in der aussenpolitischen Praxis zu besitzeln. Er unterstellt nämlich nicht nur einen Unterschied, sondern einen Gegensatz zwischen Volk und Regierung. Beide können niemals ^{vollig} miteinander identifiziert werden. Aber etwas Anderes ist es, sie als Gegensätze ins politische Kalkül einzustellen. Dies ist erstlich und letztlich Einnischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes. Wir sollten aber nichts tun, was umgekehrt eine Einnischung der Sowjetunion in unser eigenes staatliches Leben noch verstärken oder ihr gar einen Schein berechtigter Gegenwehr verleihen könnte.

Pakt für wechselseitige Nichteinnischung

Vielleicht sollte uns vorschweben, der Sowjetunion einen grossen Pakt für wechselseitige Nicht-Einnischung anzubieten, in dem auch klargestellt wird, was sozusagen eine legitime und was eine nicht-legitime Einnischung wäre. Das Problem ist ungemein schwierig auch deshalb, weil in der Sowjetunion Alles und Jedes Regierungspolitik ist, während bei anderen Ländern auch die private Sphäre sich einzuschalten vermag und ihre Beeinträchtigung oder Niederhaltung daher gegen den unerlässlichen Grundsatz der Meinungsfreiheit verstossen kann. Wahrscheinlich wird noch der Einwand erhoben werden, dass alsdann auch die politische Radikalität gerichtet an die sogenannte "Captive Nations" nicht mehr stattfinden könnte. Vielleicht wird man sich in der Tat hiermit abfinden müssen. Aber es mögen auch in dieser Hinsicht Abmachungen eine Rolle spielen. Die Bedeutung einer durchdachten In-

angriffnahme des Problems der Nicht-Einnischung ist jedenfalls kaum zu unterschätzen, auch für unser Verhältnis zur Sowjetunion.

IV.

Von Bismarck stammt das Wort: "Es war stets ein Fehler der Deutschen, Alles erreichen zu wollen oder Nichts und sich einseitig auf eine bestimmte Methode zu versteifen". Sein Wort stand oft vor mir, als ich die Vorgänge auf der kürzlichen Aussenminister-Konferenz in Genf verfolgte. Dort hat die deutsche Vertretung sich mit grösster Energie namentlich gegen die Bildung eines Gesamtdeutschen Ausschusses gewandt. Nichts ist im Ausland weniger verstanden worden. Unsere Ablehnungsgründe sind etwa folgende: Ein derartiger Ausschuss würde, wenn er allein zuständig wäre, das Ende der Viermächte-Verantwortung für die deutschen Fragen bedeuten. Er wäre eine getarnte Anerkennung der DDR, selbst wenn in juristischen Erklärungen die Nichtanerkennung festgelegt wäre. Der Ausschuss würde zudem nie Erfolg haben; denn der kommunistischen DDR sei an einer Wiedervereinigung in Freiheit nichts gelegen. Die Vertreter der DDR könnten sich ausserdem nach einigen Sitzungen wieder zurückziehen. Hiernach sei es ganz unmöglich, den Ausschuss mit Themenkreisen wie der Wiedervereinigung oder des Friedensvertrags zu befassen. Aber auch eine Förderung selbst nur technischer Kontakte könne man sich von ihm nicht versprechen. Denn auch solche seien in der Vergangenheit von der DDR unterbunden worden. Der Gesamtdeutsche Ausschuss würde, so hiess es in einer bundesartigen Stellungnahme "nur die eine Funktion haben, die perverse kommunistische Spaltungsliturgie international hoffähig zu machen".

Gegen die Bedenken lässt sich einwenden, dass die Vier Mächte durch einen solchen Ausschuss keineswegs aus der Verantwortung entlassen zu werden brauchen; dass eine klare juristische Nicht-Anerkennung der DDR nicht minimalisiert werden darf, zumal dann nicht, wenn die juristische Nicht-Anerkennung noch als starkes internationales Argument von uns und der ganzen Welt bei anderen Gelegenheiten gebraucht werden kann; dass bei einer Sabotage der Arbeiten durch die DDR die Bundesrepublik willkommenen, auch propogandistische Vorteile zu ziehen vermöge; dass die Festlegung einer Zeitfolge zu behandelnder Themata erwägbar gewesen wäre.

Im Alleingang mit Moskau?

Dennoch wird man für die genannten ersten Argumente der Bundesrepublik, wenn man sie auch für verfehlt hält, Verständnis haben können. Dies gilt jedoch nicht mehr für andere Argumente, die von einem ihrer führenden Diplomaten in Genf vorgebracht worden sind. Sie gingen dahin, dass bei Bildung eines solchen Ausschusses die Bundesrepublik allein mit der Sowjetregierung die deutsche Frage zu regeln haben werde; denn die DDR sei lediglich das Sprachrohr der Sowjetregierung. Selbst wenn man letzteres unterstellen will, so ist doch der ganze Kern dieses Arguments falsch. Die Bundesrepublik würde niemals

lediglich mit der Sowjetunion die deutsche Frage regeln können, selbst wenn sie wollte. Denn der Westen würde selbstverständlich und immer seinen starken Einfluss geltend machen. Aber jener hohe Beamte geht noch weiter.

In einem zur Veröffentlichung bestimmten Interview mit einem ausländischen Korrespondenten stellt er die sehr bedauerliche Behauptung auf, durch einen Gesamtdeutschen Ausschuss würde die Bundesrepublik zu einem "Rapallo-Pakt" getrieben werden. Er unstellt also, dass sein eigener Außenminister, der ja eine deutsche Ausschussgruppe mittelbar oder unmittelbar zu führen hätte, unter dem Druck einer deutschen öffentlichen Meinung die drei westlichen Regierungen de facto hintergehen würde. Nun ist über Rapallo viel Unsinn geschrieben worden. Dieser ist von Professor Herbert Helbig in seinem Werk "Die Träger der Rapallo-Politik" wissenschaftlich hervorragend richtiggestellt worden. Zutreffend ist gleichwohl, dass "Rapallo" unbeschadet der Tatsache zu einem sozusagen verselbständigten Begriff geworden ist. Das Element einer deutsch-russischen Verschwörung gegen den Westen wird mit ihm verknüpft. Aber dann ist es umso beklagenswerter, wenn in Verteidigung der Haltung der Bundesregierung zur Frage des "Gesamtdeutschen Ausschusses" in derart gefährlicher, in keinen Tatsachen begründeter Weise das Spiel derjenigen im Ausland getrieben wird, die Deutschland immer als einen potentiellen Doppelspieler gegenüber dem Westen darstellen.

Gesamtdeutscher Ausschuss - brauchbares Instrument

Ich glaube, dass eine Wiedervereinigung ohne ein Gespräch mit der DDR heute nicht mehr möglich ist. Ein Gesamtdeutscher Ausschuss, weil er in der Praxis konstant unter der Überwachung auch der Westmächte arbeiten müsste und würde und ausserdem von allen Mächten beauftragt worden wäre, kann in vielleicht abgeänderter Form noch immer als ein brauchbares institutionelles Instrument der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion erscheinen. Sonst eben versteifen wir uns, um das Bismarck'sche Wort zu gebrauchen, einseitig auf eine einzige Methode. Es bleibt in der Politik nichts übrig, als immer wieder das Für und Wider abzuwägen. Die Bundesregierung ist hinsichtlich des Gesamtdeutschen Ausschusses zu der Auffassung gelangt, dass das Wider schwerer wiege. Vielleicht erscheint ihr eine Nachprüfung aber doch noch möglich. Eine Außenpolitik von Rang, die überhaupt keine Risiken kennen will, hat es geschichtlich noch nicht gegeben.

Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass die Sowjetunion keineswegs nur kommunistische Politik treibt, sondern sehr oft handfeste zaristische. Noch einmal sei der amerikanische Staatsmann Charles Bohlen angeführt, der hierfür auf die bekannte Voraussage von Karl Marx hinweist, "dass es eine Bewegung nach Westen geben werde, bis das russische Imperium von Stettin bis Wien reiche".

Also bereits vor mehr als hundert Jahren, lange ehe es in Rußland einen Kommunismus gab, zeichnete sich die expansive Politik ab. Es wäre gut, wenn wir uns bei Betrachtung der Politik der Sowjetunion öfters hieran erinnern würden, anstatt sie als eine hundertprozentige kommunistische zu bezeichnen und hiermit in uns die ideologischen Emotionen alsbald in verschärfter Kraft in Bewegung zu setzen.

V.

Was an der heutigen deutschen Außenpolitik beunruhigen muß, ist auch ihre geringe Flexibilität. Welche neuen Wege die Amerikaner und Briten und nunmehr vielleicht die Franzosen auch gehen mögen, für unsere Außenpolitik ergeben sich anscheinend keine Konsequenzen. Sie war richtig, sie ist richtig, sie bleibt richtig und unabänderlich. Dabei neigen wir zu unnötiger Schärfe. Beispielsweise wurde man in der bundesdeutschen Genfer Delegation erregt, als jener Gesamtdeutsche Ausschuß nach sowjetischem Vorschlag durch ein "Junktin" mit der Behandlung der Berliner Frage verknüpft werden sollte. Unser Widerspruch war an sich durchaus berechtigt. Die Ablehnung des Junktins war geboten. Aber die antisowjetische Dramatisierung war unnötig. Denn jede deutsche Außenpolitik steht heute leider ohnedies in einem tatsächlichen Junktin zur Berliner Frage. Die Sowjets vermögen stets Berlin als Hebel zu mißbrauchen. Nötige Zwischenskalen stehen uns in unserem Argumentieren leider oft nicht zur Verfügung, eben auch aus jener großen und merkwürdigen Selbstsicherheit heraus, der man die Beherzigung des berühmten Wortes von Oliver Cromwell wünschen möchte: "In the bowels of Christ, Lord, I beseech you tell me that I may be wrong".

VI.

Grundsätzlich war die Bundesrepublik auf richtigem Wege - auch wegen eines günstigen Einflusses auf die Beziehungen zur Sowjetunion - als sie erwog, mit Polen und der Tschechoslowakei Nicht-Angriffspakte abzuschließen. Gleichwohl hatte gewisses Gewicht der Einwand, der von den Vertriebenenorganisationen vorgebracht wurde, daß man nicht derartige Pakte abschließen könne, ehe die Grenzen feststünden, auf die sich die Pakte beziehen sollten. Heute ist, auch nach der Erklärungen der polnischen Regierung, an derartige Pakte kaum mehr zu denken. Umsomehr müßte von einer aktiven deutschen Außenpolitik die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen endlich ins Auge gefaßt werden. Von den Gegenargumenten gilt namentlich jenes nicht, daß hiermit die Oder-Neiße-Linie anerkannt werden würde. Polen selbst hat sich bereit-erklärt, im Zusammenhang auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verzichten. Auszugehen ist bei der Erörterung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen immer davon, daß wir um unserer eigenen Interessen willen die diplomatischen Beziehungen anknüpfen würden. Sie sind keine Ausflüsse von politischer Großmut. Vor allem würde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine große Geste gegenüber dem Slawentum darstellen und sicher auch in den Vereinigten

Staaten lebhaft begrüßt werden. Diese haben ihrerseits die Wirtschaftshilfe an Polen niemals eingestellt; sie verhandeln im Gegenteil über ihren weiteren Ausbau. Unsere Aktionen gegenüber den Oststaaten erfolgen dagegen nur löffelförmig, so daß sie wirklich niemals einen großen und konstruktiven Eindruck machen könnten, selbst wenn dies beabsichtigt wäre. Schließlich wird es so kommen, daß wir die diplomatischen Beziehungen eines Tages werden aufnehmen müssen, ohne daß dies noch als ein Zeichen unseres Willens zu ewiger Freundschaft mit jenen Staaten interpretiert würde.

VII.

Für die Besserung der Verhältnisse zwischen uns und der Sowjetunion dürfte schließlich unerlässlich sein, den Abzug der zwanzig sowjetischen Divisionen aus Deutschland herbeizuführen. Heute wären einschlägige deutsche Schritte sogar besonders zeitgemäß oder aussichtsvoll, weil in der nächsten Zeit gerade über militärische Abrüstungsfragen verhandelt werden soll, von denen solche Räumung ein sehr geeigneter Teil wäre. Wir wollen unsere großen und steten Verpflichtungen gegenüber Europa und dem Westen niemals verleugnen. Aber wir haben Verpflichtungen auch gegenüber dem Osten. Und wir können nicht bestreiten, daß echte sowjetische Besorgnisse auch auf angebliches Einkreisen durch Errichtung von Stützpunkten sich gründen.

Truppenabzug ist keine "Neutralisierung"

Es heißt, daß der Vorschlag, die zwanzig sowjetischen Divisionen abzuziehen, unmöglich wäre mangels gleichzeitiger politischer Zugeständnisse von sowjetischer Seite. Aber eine Räumung in derartigen Maßstabe ist immer auch ein Politikum allerersten Ranges. Sie würde ferner, da sie sich auf die Räumung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns zu erstrecken hätte, auch bei Räumung der Bundesrepublik durch die westlichen Truppen die militärische Lage in Europa nicht zu Ungunsten des Westens beeinflussen. Dies gilt erst recht beim begleitenden Abschluß eines Sicherheitspaktes, der West und Ost umfaßte. Die geräumten Gebiete würden dann stets dem Verteidiger gegen den Angreifer zur Verfügung stehen. Es handelt sich mithin auch um alles andere als eine "Neutralisierung". In Wahrheit wird der Schutz für Osten wie Westen nur vergrößert.

Die Forderung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland, wie es einer unserer Vertreter in Genf ausgesprochen hat, seinen "Internationalen Standort" selbst wählen müsse, ist berechtigt. Aber wir selbst wählen ihn, wenn wir - als Bundesrepublik - schon vor der Wiedervereinigung uns entschließen, dem NATO-Pakt nach der Wiedervereinigung nicht mehr anzugehören, sofern die anderen genannten Staaten und die DDR aus dem Warschauer Pakt aussteigen. Die Argumentation, daß erst ein wiedervereinigtes Deutschland für einen Ent-

schluß über den "Internationalen Standort" zuständig sei, ist juristisch - vielleicht - richtig, politisch aber unhaltbar. Denn anzunehmen, daß wir die Wiedervereinigung auch bei der Möglichkeit eines Verbleibs in der NATO erreichen könnten, wäre unüber-treffbare politische Utopie.

VIII.

Dies also könnten Ansatzpunkte für die Gestaltung eines besse-
ren Verhältnisses zwischen uns und der Sowjetunion sein: Berei-
nigung der politischen Atmosphäre, Zurücktretenlassen des Ideolo-
gischen, gegenseitige Garantie der Nicht-Einmischung, Institution-
alisierung eines Gesamtdeutschen Ausschusses, größere außenpoli-
tische Flexibilität, Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu den
Zwischenstaaten, Räumung der Bundesrepublik und der DDR, Ungarns,
Polens, der Tschechoslowakei unter Abschluß eines Sicherheits-
paktes mit militärischen Garantien. Selbstverständlich werden sich
auch dann nicht alle Fortschritte von heute auf morgen erzielen
lassen. Gleichwohl dürfen wir aber nicht so leichtsinnig und würde-
los sein, uns auch nur einstweilen schon dann befriedigt zu er-
klären, wenn wir den Status quo behielten. Leider beginnt man be-
reits, dies bei uns zu erörtern, zum Teil unter gültigen ausländi-
schen Zuspruch.

Unsere Lage bessert sich für denjenigen, der Augen hat zu sehen,
nicht durch Vertagung der Lösungen. So paradox es klingt, man
möchte beides empfehlen: Geduld und Ungeduld, diese auch im Hin-
blick auf die grausamen Bevölkerungswanderungen, die in geteilten
Deutschland heute stattfinden und zusätzlich einen Wunsch nach
dem Status quo - ohne Verstand und ohne Herz - verbieten. Wir
werden, um hierbei vorwärts zu kommen, keine Konzessionen ohne
Gegenkonzessionen machen, in keiner Weise unsere militärische
Sicherheit gefährden dürfen. Wir werden aber auch ununterbrochen
an der Besserung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion arbeiten
müssen, und zwar indem wir nach neuen wie alten Ausgangswegen ebenso
bei ihr wie bei uns unverdrossen ausschauen. Um mit Stresemann
zu sprechen: Deutschland ist durch seine geographische Lage immer
veranlaßt, eine zweiseitige Politik zu treiben, wenn auch gewiß
niemals eine zweideutige.

+ + +